

Wie oft wird Hitler noch besiegt?

(Aus Anlass einer "gelungenen" Aktion)

So um die Osterzeit 2012 herum berichtete eine schwäbische VVN-Gruppe ("Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/ Bund der Antifaschist/inn/en") (26.04.2012 auf www.trueten.de), dass sie einen Aktionstag der Nazis gegen Kapitalismus und Leiharbeit verhindert habe, und zwar beispielhaft.

Die antifaschistischen Aktionen gegen den so genannten "Aktionstag gegen Zeitarbeit und Kapitalismus" am 7. April haben deutlich gezeigt wie effektive Anti-Nazi-Arbeit aussehen kann. Es gilt an derart erfolgreiche Mobilisierungen gegen Naziaktivitäten anzuknüpfen und den antifaschistischen Widerstand weiterzuentwickeln.

Natürlich stehen wie immer seit 1946 die braunen Horden vor der Tür:

Diesen faschistischen Umtrieben gilt es mit einem breiten und entschlossenen Widerstand entgegenzutreten. Hierzu gehören sowohl Bündnisarbeit, eine kontinuierliche Aufklärung der Bevölkerung, ein organisierter antifaschistischer Selbstschutz und die Stärkung antifaschistischer Strukturen in der Region.(...)

Aus dem gesamten Großraum Stuttgart und der Neckar-Fils-Region waren NazigegnerInnen gekommen um sich den Nazis entschlossen in den Weg zu stellen.

Was sollte da eigentlich verhindert werden? Leiharbeit, die in der alten BRD nur in bestimmten Branchen erlaubt war¹, ist heute ein wesentliches Mittel, die Löhne zu senken. Die Verfolgten des Naziregimes werden wohl kaum für Kapitalismus und Leiharbeit sein (das will ich jedenfalls hoffen, in Erinnerung an meine früheren Sympathien für sie), aber die soziale Frage ist nicht ihr Thema. Kein inhaltliches Wort über Kapitalismus und Leiharbeit und deren Zusammenhang mit Rassismus und Nationalismus. Hauptsache, sie haben's verhindert.

Es geht der Antifa nicht um die Verbreitung ihrer Meinung, nicht einmal primär um die Bekämpfung der Ansichten der „Nazis“, sondern vor allem darum,

¹Die Bundesanstalt für Arbeit hatte das Monopol für Arbeitsvermittlung; Ausnahmen (z. B. für Künstler) mussten gesetzlich geregelt werden.

deren **öffentliches Auftreten** zu verhindern. Wie ein Fanclub rennen die Antifaschisten ihren Faschisten hinterher, um sie unter Polizeiaufsicht "kreativ, aber gewaltfrei" und "militant" im Namen der Demokratie, der Toleranz und aller sonstigen Werte der westlichen Welt mit Tomaten, Eiern und Sprechchören zu "bekämpfen". Eine inhaltliche Auseinandersetzung lehnen sie definitiv ab, denn

"Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen."

Und gegen Verbrechen braucht man nicht politisch argumentieren, höchstens moralisch ("menschenverachtend" usw.).

"Neonazis, WutbürgerInnen und VerschwörungstheoretikerInnen sind keine DiskussionspartnerInnen! Miteinander reden, ins Gespräch kommen usw. führt zu gar nichts – außer dass die von euch Bilder machen und/oder euch anpöbeln". (Aus einem Demonstrationsaufruf Hamburger Antifaschisten)



Jeder brave Staatsbürger ruft bei Verbrechen nach der Polizei, und genau das ist es, was die konsequentesten Antifaschisten auch konsequent machen ("Verbot aller faschistischen Organisationen!", Denunziation wegen "Holocaustleugnung"). Sie fordern, die Staatsgewalt möge schärfer gegen die "Umtriebe" des (Nazi-) "Packs" und (braunen) "Gesindels" vorgehen. Wenn's keine "AntifaschistInnen" wären, könnte man sich schon fragen, auf welcher Seite diese wehrhaften Demokraten 1933 wirklich gestanden hätten.

Die Ethnisierung der sozialen Frage ist ein wesentlicher Bestandteil des Faschismus. Es ist die kapitalistische Ordnung, die eine solche Lösung immer wieder nahelegt:

- Die einheimischen Arbeiter — das sind nicht nur "Deutsche", wie die Linken meinen, die, genau wie die Rechtsradikalen, den sozialen Konflikt ethnisieren — stehen objektiv in Konkurrenz zu den Migranten im Kampf um Löhne und Transferleistungen. (Sie meinen das nicht nur, sondern es **ist** so. Auch die "Wirtschaft" sieht das so, weswegen sie keineswegs gegen Zuwanderung ist, wie man in der "Zuwanderungsdebatte" sehen konnte.) Die Lohnabhängigen haben ein berechtigtes Interesse an einer Erhaltung ihrer Löhne, das heißt Einschränkung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt.² Natürlich könnte man die Konkurrenz auch durch gewerkschaftliches Handeln einschränken, aber solche Gewerkschaften gibt es in Deutschland nicht. Da sie ihr Konkurrenzinteresse innerhalb des Kapitalismus nur als Rassismus ausdrücken können, kaufen sie sich für teures Geld Sarrazins Buch von der Minderwertigkeit der türkischen und arabischen Konkurrenz, auch wenn sie selbst süd- oder osteuropäischer Abstammung sind, und eigentlich überhaupt keine Bücher lesen.
- Die russischen, türkischen und natürlich arabischen Migranten sind mehrheitlich gegen Israel eingestellt. Das hat natürlich was mit der Rolle Israels als Vasall der USA im Nahen Osten zu tun, mit dem Zerfall traditioneller Gesellschaftsstrukturen und dem Massenelend in diesen Ländern. Der Antisemitismus lebt dort weiter. Nicht nur "Nazis" halten die Judenvernichtung für eine jüdische Propagandalüge und Adolf Hitler für einen Helden. Nicht nur die "grauen Wölfe" glauben, dass die Welt von einer Verschwörung von Juden und Freimaurern ("mason") regiert wird. Auf türkisch werden die "Protokolle der Weisen von Zion" nicht nur gelesen, sondern vielfach auch geglaubt.

Da Faschismus aber "keine Meinung, sondern ein Verbrechen" ist, gehen die VVN und die andern antifaschistischen Zirkel darauf nicht ein. Wer sich vom Rassismus eine Lösung der sozialen Frage oder zumindest eine Verbesserung seiner individuellen Misere verspricht, dem haben die Antifaschisten nichts Begründetes entgegenzusetzen.

²Zu diesem Zweck wurden im 19. Jahrhundert die Gewerkschaften gegründet.

Die "Antifa"-Hauruck-Militanz ("*Haut die Glatzen bis sie platzen!*" — jahrelang an einer Hauswand in der Karlsruher Südstadt stehende Parole), die reaktionäre Gedenkkultur der VVN ("*im Bündnis mit Gewerkschaften, Kirchen, Parteien*" — wer weiß was reinkommt, weiß was rauskommt) und die Zusammenarbeit mit den Staatsorganen sorgen dafür, dass sich die NPDler als verfolgte Vertreter der Interessen der einfachen Leute darstellen können.

Die Leichenberge der Konzentrationslager sind seit siebzig Jahren Geschichte und bewegen uns ebensowenig wie andere historische Massaker. Die **aktuellen** Angriffe auf das Lebensniveau der Lohnabhängigen werden nicht von faschistischen "Menschenfeinden" oder den "Neonazis" geführt, sondern von den demokratischen Parteien. Das "antifaschistische Gedenken" dient demokratischen Politikern inzwischen sogar zur Rechtfertigung von imperialistischen Kriegen. (Siehe Jugoslawien-Krieg, um nur das nächstliegende Beispiel zu nennen.)

Was bleibt ist, dass Hitler von unten kam (sozusagen "einer von uns" war) — so wurde er schon 1933 den Massen verkauft —, für Ordnung gesorgt und gegen eine Übermacht den Krieg verloren hat. Und er wird von den „demokratischen Parteien“ geächtet. In einer Zeit, in der die Infrastruktur zerfällt und selbst die Bundeskanzlerin empfiehlt, sich nicht auf den Staat zu verlassen, macht ihn das eher sympathisch.

Die Instrumentalisierung der "Antifa": "Unser Land" braucht seine Antifaschisten ebenso wie seine Faschisten

Der Faschismus lenkt den Hass von den Herrschenden ab auf ungefährliche Ziele und hält mögliche soziale Bewegungen in Schach. Das ist seine ureigenste Aufgabe. (Man kann das sehr schön derzeit — 2012 — in Griechenland und Ungarn beobachten.) Er verfügt dabei naturgemäß über die stille Sympathie der Polizei, die ja dasselbe Ziel von Amts wegen hat. Wenn Nazis und Polizei zusammenarbeiten ist das kein "Skandal", sondern ein Synergie-Effekt.

Würden die Jungs jedoch ohne "Nazis-raus"-Begleitung durch die Fußgängerzonen marschieren, dann hätte das unmittelbar politische und wirtschaftliche Schäden für "unser Land" zur Folge. "Unser Land kann sich sowas nicht leisten." (Innenminister Hans-Peter Friedrich, 2013, CSU) Wir haben eine Weltwirtschaft, und unglücklicherweise besteht die Welt ja fast nur aus Ausländern.

Die BRD führt wieder Krieg (z. B.) in Afghanistan und betreibt maßgeblich die Verelendung Südeuropas. Sie übernimmt schon lange wieder "Verantwortung in der Welt", das heißt: sie knüpft da an, wo die Nazis in den dreißiger Jahren aufgehört haben, beziehungsweise aufhören mussten. Um damit aber Erfolg zu haben, muss sie zugleich jeden Eindruck einer Kontinuität zum Nationalsozialismus vermeiden.³ Gerade wenn demnächst die Bundeswehr den ukrainischen Demokraten und Freiheitskämpfern bei der Rückeroberung von Donezk helfen soll.⁴ Das ist die Aufgabe der "Antifa".

Die "Antifa" ist das Alibi des deutschen Imperialismus. Die Antifaschisten sorgen dafür, dass Meldungen über Rechtsextremismus stets mit Bildern von Gegendemonstranten garniert werden können. Und diese Aufgabe erfüllen sie um so besser, als sie keine eigenen („ideologischen“) Inhalte verbreiten, sondern sich auf *"Gemeinsam für Toleranz und Solidarität"* und ähnliches beschränken. Für dieses höhere Interesse dürfen sie auch mal „militant“ gegen die öffentliche Ordnung verstoßen.

Dieser Antifaschismus ist ebenso pathetisch wie wirkungslos (das heißt wirkungslos zur Bekämpfung von Rassismus; in einem anderen Sinne ist er es leider nicht), weil und solange er nur im Namen von Werten (Humanität, Toleranz, Freiheit, Menschenwürde, Solidarität usw.) gegen die Nazis auftritt. Mit anderen Worten: Solange er sich nicht politisch mit ihnen auseinandersetzt. Moral statt Klassenkampf.

Ein Vertreter der VVN hielt es für ein gutes Argument, den Spruch zu zitieren:

"Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte vom Faschismus schweigen."

Normalerweise wirft niemand mit Steinen, der **weiß**, dass er im Glashaus sitzt. Ganz offenkundig weiß der Mann nicht, wovon er redet: Die Antifaschisten reden schon lange nicht mehr vom Kapitalismus.

³Dieser Zwiespalt hat dazu geführt, dass die CDU-Verteidigungsministerin v. d. Leyen der Bundeswehr die Traditionspflege nahezu verbot. Die Bundeswehr soll nach Möglichkeit so tun, als gäbe es sie erst seit 1956, oder, besser noch, erst seit 1990.

⁴Das war 2014. Inzwischen scheint das, dank der "Flüchtlingskrise", nicht mehr ganz oben auf der Agenda zu stehen.

Die "Weiterentwicklung des antifaschistischen Widerstands": Der Übergang zum Denunziantentum

Der Antifaschismus (nicht der historische, sondern der nach 1945) war noch nie eine umstürzlerische Angelegenheit. Er "setzte Zeichen", "mahnte" und entlarvte ehemalige Nazis in Führungspositionen.

In den sechziger und siebziger Jahren hatte so etwas immerhin noch einen Stachel. Im Kampf der 68er-Bewegung um "Demokratie und Sozialismus" war der Antifaschismus ausgesprochen nützlich. Viele Linke haben sich damals in dieser Bewegung engagiert. (Deswegen gilt auch die heutige, längst zur Karikatur gewordene, "Antifa" noch als irgendwie links.) Denn das Führungspersonal der BRD stammte aus dem Dritten Reich, hatte also damals fast durchweg Dreck am Stecken und konnte mit dem Nazivorwurf leicht abgeschossen werden.

Aber die Ministerialdirektoren und Hochschulprofessoren mit Nazivergangenheit sind den verspäteten Helden des antifaschistischen Widerstands weggestorben; ihre Amtsnachfolger sind zwar weder besser noch schlimmer, aber alle waschechte Demokraten und Antifaschisten, die zum Teil selbst der linken und grünen Bewegung entstammen.

Heutzutage "outet" (denunziert) die Antifa nicht mehr Mitglieder der Herrschaftselite, sondern eine bunte Mischung von Unterschichtgestalten: Hooligans, proletarische Rebellen, "Wutbürger", die auf der falschen Seite gelandet sind (stünden sie auf der richtigen, würde man sagen: "politisch aktive Menschen").

Im Mai 2014 forderte ein Bündnis "REWE-Nazifrei", Oldenburg, vor einem REWE-Einkaufsmarkt die Entlassung eines jugendlichen Kassierers, der Mitglied der NPD ist, wegen dessen "verbrecherischer Gesinnung".

(Quelle: <http://regentied.blogspot.de/2014/05/07/rewe-nazi-geoutet/>)

"Nazis im Kleingartenverein? — Eine Kleingärtnerinitiative wehrt sich ... gegen die Verpachtungen an Rechtsextremisten. Aufgebrachte Kleingärtner versuchen sich mit Infobriefen und Plakataktionen gegen die Verpachtung von Parzellen an Neonazis zu wehren." (Realsatire, gefunden bei: endofroad.blogspot.de unter dem Datum 06.01.2015)

Sie denunzieren sie auch nicht einer "demokratischen Öffentlichkeit", sondern dem obersten Schirmherrn aller Denunzianten — dem Staat.